



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten  
für Pforzheim und den Enzkreis

## „Auch Deutschlands Stärke ist nicht unendlich!“

Bundeskanzlerin Merkel warnt vor einfachen Lösungen in der Euro-Krise

**In dieser vorletzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause konnten wichtige Entscheidungen zur Stabilisierung Europas, seiner Wirtschaft und seiner Währung vorbereitet werden.**

Bundeskanzlerin Angela Merkel mahnte in ihrer Regierungserklärung kurz vor dem G-20-Gipfel der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer europaweit und international weitaus stärkere Anstrengungen im Kampf gegen die Finanzkrise an. Die Eurozone könne nicht allein die Voraussetzungen für starkes und nachhaltiges Wachstum weltweit schaffen. Sie erinnerte daran, dass insbesondere die USA ein Haushaltsdefizit haben, das weit größer als das der meisten Euro-Staaten ist.

Zugleich warnte die Kanzlerin vor überzogenen Erwartungen an Deutschland. „Ja, Deutschland ist stark“, sagte sie. Deutschland sei Wirtschaftsmotor und Stabilitätsanker in Europa, Deutschland setze diese Kraft im Dienste Europas und im Dienste der Weltwirtschaft ein. „Aber wir wissen eben auch: Auch Deutschlands Stärke ist nicht unendlich.“ In diesem Zusammenhang wies sie Begehrlichkeiten nach einer Vergemeinschaftung der europäischen Staatsschulden erneut zurück. Diese „scheinbar einfachen Vergemeinschaftungsüberlegungen sind völlig kontraproduktiv.“ Genau damit werde das Mittelmaß für Europa zum Maßstab erklärt. „Wir würden mit ihnen unseren Anspruch aufgeben, unseren Wohlstand im weltweiten Wettbewerb zu halten.“ Es könne gut möglich sein, dass eine Vergemeinschaftung der Schulden „manchen Marktteilnehmern“ durchaus Recht sei. „Aber wir machen nicht Politik im Auftrag der Märkte, sondern wir machen sie für die Zukunft der Menschen in unserem Lande“, so Merkel.

Merkel erinnerte daran, dass sich die EU einst vorgenommen habe, 2010 die dynamischste Region der Welt sein. Dieses Ziel sei bis heute nicht erreicht. Dies sei ein Beispiel dafür, dass Europa selbst gesteckte Ziele oft verfehle und eigene Regeln nicht selten breche. So habe man auch vor 20 Jahren die Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen, die damit verbundene politische Union Europas aber nie realisiert. Aufgabe sei es jetzt nachzuholen, was damals versäumt wurde. Das sei mühsam, schmerzhaft und langwierig, aber dennoch unvermeidbar, beschrieb die Kanzlerin die kommenden Aufgaben. Europa sei auf dem Weg, sich intensiver als jemals zuvor abzustimmen und seine Integration weiter zu vertiefen.

### Zeitplan für ESM und Fiskalpakt steht

In dieser Woche kam es bei Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut zu einem Spitzengespräch zwischen Regierung und SPD und Grünen über die Ratifizierung des dauerhaften Euro-Stabilisierungs-Mechanismus (ESM) und des Fiskalpaktes verhandelt. Jetzt steht der Zeitplan: Am 29. Juni werden um 17 Uhr nach der Rückkehr der Kanzlerin vom Europäischen Rat in Brüssel die Beratungen im Bundestag beginnen. Nach den Abstimmungen wird um 21 Uhr der Bundesrat zu einer Sondersitzung zusammenkommen.

Vor der Abstimmung wird es weitere Treffen von Kanzlerin Angela Merkel mit den Spitzenvertretern der Parteien und Fraktionen geben. So werden sich am 21. und 23. Juni die Partei- und Fraktionsvorsitzenden erneut bei der Kanzlerin treffen. Mit diesem Zeitplan ist sichergestellt, dass Deutschland beiden Verträgen gemeinsam noch vor dem 1. Juli zustimmen kann.

### **Erstmals Salafisten-Verein verboten**

Bundesinnenminister Friedrich hat gestern den Salafisten-Verein Millatu Ibrahim verboten. Dies war nötig, um die Bevölkerung vor radikalen Salafisten zu schützen. Denn diese stehen im Verdacht, mit ihrer Propaganda ohnehin gewaltbereite Islamisten aufzuhetzen oder selbst Verbindungen zu Terrornetzwerken zu pflegen.

Salafisten, die es ablehnen, sich an die Rechtsordnung zu halten, treiben einen Keil zwischen Bürger mit und ohne Migrationshintergrund. Sie tolerieren keine Lebensführung außer der eigenen und verdienen daher auch selbst keine Toleranz. Ihnen darf keine Plattform geboten werden, das friedliche Miteinander verschiedener Nationalitäten und verschiedener Religionen in unserer Demokratie zu torpedieren. Dem Salafismus werden in Deutschland ca. 4.000 Personen zugerechnet. Salafisten nehmen für sich die alleinige Deutungshoheit über die islamische Religion in Anspruch und streben einen „Gottesstaat“ auf der Grundlage der Scharia an.

### **Warnschussarrest für Jugendliche**

Gestern hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalition den sog. „Warnschussarrest“ im Jugendstrafrecht beschlossen. Damit wurde eine langjährige Forderung der Union erfüllt, um Jugendrichtern ein wirksames neues Instrument zur Bekämpfung der Jugendkriminalität zu geben.

Statt mit folgenloser Empörung über brutale Übergriffe Jugendlicher reagieren wir mit klaren Maßnahmen und passen das Instrumentarium des Jugendstrafrechts den neuen Herausforderungen an. Wir machen deutlich, dass wir uns mit dem nach wie vor hohen Stand von Gewalttaten Jugendlicher nicht abfinden. Bewährungsstrafen stehen oft am Anfang einer kriminellen Karriere, werden aber von vielen jungen Straftätern nicht ernst genommen. In Zukunft besteht die Möglichkeit, parallel zu einer Bewährungsstrafe einen bis zu vierwöchigen Warnschussarrest anzuordnen. So lernen die jugendlichen Straftäter, was Freiheitsentzug bedeutet. Der Warnschussarrest kann ei-

nen straffällig gewordenen Jugendlichen wieder auf den richtigen Weg zurückzuführen.

### **Fortbestand des Klosters Mor Gabriel sichern**

Gestern hat das Parlament einen Antrag der christlich-liberalen Koalition zum Fortbestand des syrisch-orthodoxen Klosters Mor Gabriel im Südosten der Türkei beschlossen. Dieses Kloster ist eines der ältesten in der Welt und ist auch durch die Haltung der Behörden und Gerichte in der Türkei seit langem in seinem Fortbestand bedroht. Wir fordern, alles zu unterlassen, was diesen einzigartigen Ort der Christenheit gefährden kann. Das Kloster ist durch mehrere, seit Jahren andauernde Gerichtsverfahren in seiner Existenz bedroht. Unter Vorwänden werden dem Kloster jahrhundertealte Eigentumstitel abgesprochen, Urteile zugunsten des Klosters kassiert, und die Rechtspflege immer weiter verschleppt. Die Türkei hat alle maßgeblichen europäischen und internationalen Übereinkommen, die Bürgerrechte wie die Religionsfreiheit oder die Pressefreiheit garantieren, mit unterzeichnet. Am Erhalt des Klosters Mor Gabriel wird sich beispielhaft zeigen, wie ernst es der türkische Staat mit den Freiheitsrechten auch für religiöse Minderheiten im eigenen Land tatsächlich meint.

### **Koalitionskongress zu ländlichen Räumen**

An diesem Montag fand auf Einladung der Koalition der Kongress „Ländliche Räume, regionale Vielfalt – wie gestalten wir die Zukunft?“ statt. Deutschland lebt von und in seinen ländlichen Räumen. Die Mehrzahl seiner Unternehmen und etwa die Hälfte seiner Einwohner sorgt hier für Wohlstand und Wachstum für das ganze Land. In Zeiten einer abnehmenden und älter werdenden Bevölkerung stehen gerade die ländlichen Räume vor besonderen Herausforderungen. Junge und aktive Menschen zieht es zunehmend in die vitalen urbanen Zentren. Damit besteht die Gefahr, dass viele Regionen in Deutschland den Anschluss verlieren. Der Kongress diente dazu, Vorschläge und Anregungen aus der Diskussion mit betroffenen Unternehmen, Kommunen und Organisationen in die parlamentarische Arbeit einzubeziehen. Im Herbst wird die Koalition Empfehlungen zur Stärkung der ländlichen Räume vorlegen.